

## GABRIELE FALLER, Zur Person

Ich wurde 1970 in Graz geboren. Meine Eltern waren Arbeiter. Ich bin ihnen nicht nur für die einfache, aber wunderschöne Kindheit dankbar und für den Fleiß, den sie mir vorgelebt haben, sondern dass sie mir den Wert von Demokratie vermittelt haben: politische Diskussionen waren an der Tagesordnung und es gab immer unterschiedliche Zeitungen und Zeitschriften zu Hause, um sich möglichst objektiv informieren zu können. Seither sind einige Jahrzehnte vergangen und seit mittlerweile etwa einem Viertel-Jahrhundert engagiere ich mich neben meinem Job bei und für Bürgerinitiativen. Ich bin glücklich, viele engagierte Menschen zu kennen, die sich in ihrer Freizeit für das einsetzen, was ihnen am Herzen liegt: Demokratie, Natur und Tierschutz.

## Energiewende

„Energiewende“, „100% erneuerbare Energie“,... Das sind Schlagworte, die gut klingen. Trotz der besten Vorsätze kann eine falsche Förderungs-Landschaft allerdings großen Schaden anrichten. In Österreich sind bereits rund 80% der Fließgewässer verbaut. Wegen der hohen Förderungen werden immer weitere Flusskraftwerke gebaut, obwohl kaum mehr Ausbeute zu erwarten ist. Dem steht ein enormer Preis gegenüber: der Lebensraum für Tiere im und am Wasser verschwindet.

Energieversorger sind Unternehmen, die jedes Jahr finanzielles Wachstum erreichen wollen. Energiesparen ist da gar nicht eingeplant. Einwände von Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen, dass man die erzeugte Energiemenge locker einsparen und Umweltauswirkungen gänzlich vermeiden könnte, werden von Behörden vom Tisch gewischt: gegen ein Kraftwerk darf nur ein anderes Kraftwerk, vielleicht 100 Meter weiter oberhalb oder unterhalb der geplanten Stelle eingewendet werden. Alternativen ohne Kraftwerksneubau sind nicht vorgesehen.

Gewisse Kraftwerksarten gelten zudem immer als „grün“ und im öffentlichen Interesse. Was hier an Energie erzeugt wird, ist jedoch oft nur ein winziger Bruchteil eines kalorischen Kraftwerks und ließe sich mit einem vernünftigen Energiemanagement völlig einsparen.

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie ist im österreichischen Wasserrechtsgesetz umgesetzt. Dieses beinhaltet unter § 104a eine Art „Zauberwort“, mit der man alle sinnvollen Schutzmaßnahmen für Gewässer außer Kraft setzen kann: „übergeordnetes öffentliches Interesse“. In Österreich wird damit so gut wie jeder effektive Gewässerschutz vom Tisch gewischt. Dabei reicht es, dass dieses „überwiegende öffentliche Interesse“ behauptet wird. Eine objektive Überprüfung findet de facto nicht statt.

- Das behauptete öffentliche Interesse soll verpflichtend objektiv und ohne Beschränkung der möglichen Alternativen bewertet werden.
- Man muss für Energieversorger die richtigen Anreize schaffen, damit sie ihre Expertise zB ins Stromsparen einbringen können und gerade durch die Einsparungen wachsen können.

## Gewässerschutz

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie sieht vor, dass Gewässer in der EU in einen guten Zustand gebracht werden und vor Verschlechterung geschützt werden. Diese Richtlinie ist jedoch in Gefahr: Lobbyverbände nutzen den so genannten „Fitness-Check“ um die Richtlinie zu „verwässern“. Unter dem Titel „Protect Water“ haben mehr als 375.000 Menschen in Europa an der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission teilgenommen. 100 Natur- und Umweltschutzorganisationen aus ganz Europa, viele namhafte Organisationen in Österreich machten sich fürs Wasser stark, darunter Umweldachverband, [WWF Österreich](#), [BirdLife Österreich](#), [Naturfreunde Österreich](#), [Naturschutzbund Österreich](#), [Österreichischer Alpenverein](#), [Österreichischer Fischerei-Verband](#) und Verband der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine.

Wir in Österreich haben Aufholbedarf. In Österreich wurde der ökologische Gewässerschutz von geplanten 150 Millionen Euro auf Null reduziert.

- Der Gewässerschutz muss auf europäischer Ebene gewahrt und ausgebaut werden.
- Wo parteipolitische Interessen innerhalb Österreichs dem Gewässerschutz entgegen stehen, soll die EU klare Vorgaben für den Gewässerschutz machen.

## Bürgerbeteiligung

Die Aarhus-Konvention ist ein Übereinkommen, das von allen Mitgliedsstaaten der EU und der EU ratifiziert wurde. Dabei geht es um a) Informationen, b) Beteiligung an Verfahren c) Zugang zu Gerichten bei Umweltthemen. In Österreich gibt es das Bundes-Umweltinformationsgesetz und die Umweltinformationsgesetze in den Bundesländern, wonach jede Person ohne Angabe von Gründen mündlich oder schriftlich Auskunft zu Umweltinformationen begehren kann. Die Behörde muss die gewünschte Auskunft kostenlos und sobald als möglich erteilen. So transparent, wie es vorgesehen ist, wollen manche Behörden aber offenbar nicht sein.

In der Praxis werden Einzelpersonen, aber auch Bürgerinitiativen und NGOs oft „papierlt“. Zu den Methoden gehören „aussitzen“, abschlägige Bescheide, die wiederum bekämpft werden müssen. In der Steiermark hat etwa eine NGO im Sommer 2017 ein Auskunftsbegehren gestellt. Die auskunftspflichtige Behörde hat eine „Phantasiegebühr“ vorgeschrieben und die Auskunftserteilung mit völlig falschen Argumenten verweigert. Das Landesverwaltungsgericht gab der NGO recht. Darauf erhob die Behörde eine außerordentliche Revision. Die Sache liegt auch heute noch beim Verwaltungsgerichtshof.

Zur Beteiligung in Umweltverfahren habe ich Erfahrungen in Graz sammeln „dürfen“. Auch in Graz gibt es einen Augarten. Einen wunderbaren Park, in dem Menschen aller Altersgruppen, Menschen mit unterschiedlichen sozialen und ethnischen Hintergründen friedlich und freudig ihre Freizeit verbrachten. Doch die FPÖVP-Rathaus-Koalition beschloss, den gut funktionierenden Park in ... einen gut funktionierenden Park umzugestalten. Dabei wurde weder der Stadtrechnungshof, noch die Bevölkerung in der vorgeschriebenen Weise eingebunden. Der Stadtrechnungshof kritisierte das Projekt zweimal sehr scharf. Bürgerproteste verhalten. Der Bürgermeister genehmigte als zuständige Behörde das eigene Projekt und ließ noch dazu wegen „Gefahr im Verzug“ die gesetzlich vorgesehene aufschiebende Wirkung von Beschwerden aberkennen. Noch lange bevor über die Beschwerden von Bürgerinitiativen und NGOs entschieden wurde, wurden hier Tatsachen geschaffen.

- Genau deshalb brauchen wir auf EU-Ebene eine Stärkung der Mitsprache von NGOs. Die Schlupflöcher, die betroffene Öffentlichkeit „abzuschasseln“ müssen gestopft werden.

## Palmöl aus Indonesien und Malaysia für zB Biodiesel zerstört Regenwald

Palmöl ist in Semmeln, Suppenwürfeln, Shampoos,... und Treibstoff enthalten. Auch wenn die Orte, an denen das Gemetzel an Natur und Tieren stattfinden, weit entfernt von Europa liegen, so sind es doch wir in Europa, die durch unseren Konsum die Vernichtung von Regenwald befeuern. Gleichzeitig sind wir selbst davon betroffen: wir sind Betroffene des Klimawandels, weil wir uns zunächst mit Klimaflüchtlingen konfrontiert sehen werden und später auch selbst unmittelbar mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen haben werden. Noch bevor wir die Folgen spüren werden, werden wir einen enormen Verlust an Tierarten beobachten. Schon die nächsten Generationen werden viele Tierarten nur noch aus dem Geschichtsbuch kennen. Orang-Utans, die sanften Waldriesen sind akut bedroht. Malaysia und Indonesien drohen der EU mit Klagen vor der Welthandelsorganisation, wenn der Palmölimport eingeschränkt wird. Die zuständige EU-Kommission beruhigt: Palmöl aus fragwürdigem Anbau darf weiterhin in der EU verkauft werden, nur nicht für „umweltfreundlichen“ Treibstoff. So geht es nicht. Wir müssen auf allen Ebenen für den Erhalt des gemeinsamen Lebensraums Erde kämpfen.

- Informationskampagnen für Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU, welche Schäden Palmöl anrichtet, in welchen Produkten Palmöl enthalten ist.
- Palmöl hat im Treibstoff nichts verloren.